

WARUM EIGENTLICH NICHT ...

# DAS STIMMRECHT ÄNDERN ?

VON BRUNO S. FREY



Ausländerstimmrecht: Wer sich demokratisch beteiligen kann, beschäftigt sich auch mehr mit politischen Prozessen.

In der Schweiz erlaubt das Stimmrecht, bei Wahlen die Vertreter im Parlament zu bestimmen sowie bei Volksabstimmungen inhaltliche Fragen direkt zu entscheiden. Stimmrecht macht dann besonders viel Sinn, wenn die Abstimmenden von den politischen Entscheidungen selbst betroffen sind.

Eine grosse Gruppe in unserer Gesellschaft ist jedoch vom Stimmrecht ausgeschlossen: die in unserem Land wohnhaften Ausländer. In den Kantonen Jura und Neuenburg und einigen Gemeinden können sie sich nach fünf oder zehn Jahren an Abstimmungen beteiligen, aber auf eidgenössischer Ebene sind sie völlig ausgeschlossen. Damit wird rund ein Viertel aller Einwohner vom demokratischen Prozess ferngehalten. Sie haben deshalb weniger Anreize, sich mit unserem einzigartigen politischen System zu beschäftigen und sich darin zu engagieren.

Es wäre jedoch unsinnig, einfach allen Ausländern ein Stimmrecht zu geben, wie es zuweilen mit guter Absicht vorgeschlagen wird. Vielmehr sollten im Inland wohnhafte Ausländer das Stimm-

recht schrittweise erwerben. Ein derartiges flexibles Stimmrecht könnte etwa vorsehen, dass nach zwei Jahren Aufenthalt ein Stimmgewicht von 20 Prozent, nach fünf Jahren von 50 und nach zehn Jahren von 100 Prozent erreicht wird.

Umgekehrt können heute Schweizer Bürger, die im Ausland wohnen, ihr Stimmrecht ausüben, solange sie wollen. Auch wer schon seit Jahrzehnten in einem anderen Land lebt, kann mitbestimmen, was in unserem Land geschieht – da er aber von den Auswirkungen nicht unmittelbar betroffen ist, ist die Grundvoraussetzung für eine sinnvolle politische Beteiligung verletzt.

Deshalb schlage ich auch hier eine schrittweise Anpassung des Stimmrechts vor. Wer beispielsweise seit zwei Jahren im Ausland wohnt, erhält ein Stimmgewicht von 70 Prozent, nach fünf Jahren 50 Prozent, und nach zehn Jahren erlischt das Stimmrecht. Ein solches, schrittweise sich änderndes Stimmgewicht könnte als kompliziert angesehen werden. Dieser Einwand gilt allerdings in einer digitalen Welt nicht mehr. Die unterschiedlichen Gewichtungen

können problemlos zusammengezählt werden. Selbstverständlich gibt es auch andere Möglichkeiten, Ausländer an der politischen Willensbildung zu beteiligen, etwa indem man ihnen ein Stimmrecht auf der Ebene der Gemeinden und Kantone einräumt. Allerdings wird dadurch eine abrupte Entscheidung eingeführt, indem Ausländer sich entweder voll oder gar nicht beteiligen können.

Der hier gemachte Vorschlag eines flexiblen Stimmgewichts berücksichtigt das unterschiedliche Betroffensein von politischen Entscheidungen und ist deshalb sinnvoll und gerecht. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen: Wer sich demokratisch beteiligen kann, hat einen weit höheren Anreiz, sich über die anstehenden Fragen zu informieren und sich mit dem politischen Prozess zu beschäftigen. Die Ausländer erhalten das Gefühl, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und sie sich dazu auch politisch äussern können. Ein flexibles Stimmrecht würde die Integration unserer ausländischen Mitbewohner wesentlich verstärken. Es sollte deshalb ernsthaft geprüft werden.

BRUNO S. FREY ist ein führender Forscher der Politischen Ökonomie; er ist ständiger Gastprofessor an der Universität Basel.